

Kommunalwahl 2020 – „8-Punkte-Programm“

I. Landschaftsplan

Im Fall des Landschaftsplanes stimmen wir mit Ihnen überein, dass die Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 12. Juli 2010 erfolgen muss. Welche Form dieser annehmen wird, wagen wir aktuell nicht zu bewerten. Wir werden in der kommenden Ratsperiode deshalb gerne weiter gemeinsam mit der Verwaltung an einer neuen Novelle für den Landschaftsplan arbeiten, damit dieser verabschiedet werden kann. Wie schnell dies umgesetzt werden kann muss aber im Kontext der Arbeitsbelastung und dem Mangel an Personal in der Verwaltung betrachtet werden. Eine genaue Zusage können wir deshalb nicht geben.

II. Naturschutz

Wie eingangs beschrieben werden wir uns definitiv dafür einsetzen, die Grün- und Freiflächen und damit auch den Charakter der Stadt zu erhalten. Ob dies allerdings am besten durch die Ausweisung von Naturschutzgebieten funktioniert halten wir offen. Wir sperren uns nicht kategorisch gegen Neuausweisungen, allerdings werden wir jede Fläche einzeln prüfen und gegebenenfalls auch gegen eine solche Ausweisung stimmen, sollten andere Argumente überwiegen. Wie im Einleitungstext beschrieben, halten wir ein solches Vorgehen für eine Abwägungssache. Einer Erhaltung des Waldes am Schloss Morsbroich, im hinteren Bereich des Schloss Parkes, werden wir definitiv zustimmen bzw. haben wir nie entgegen gesprochen. Für eine Umsetzung des Schloss-Konzeptes werden wir uns jedoch ebenfalls einsetzen. Das bedeutet, dass wir uns für eine Schaffung von Parkplätzen, an der dafür vorgesehenen Fläche, einsetzen werden. Dort ist der Eingriff in die Natur, unserer Einschätzung nach, nur sekundär.

III. Flächenschutz

Grundsätzlich sind wir gegen weitere Flächenversiegelung, allerdings müssen wir auch, wie eingangs beschrieben, neuen Wohnraum und andere Gebäude in der Stadt errichten. Deshalb werden wir bei jedem einzelnen Bauvorhaben detailliert abwägen und uns in der Sache und jeweils bezogen auf den bestimmten Ort entscheiden.

Ein Baulückenschluss befürworten wir ebenfalls, allerdings reicht dieser nicht aus um die Wohnungsnot zu bekämpfen. Ein „Flächenrecyclingkataster“ gibt es bereits unter anderem Namen. Die Verwaltung hat nach CDU-Antrag ein Baulückenkataster angelegt und versucht nun Freiflächen in den Innenstädten an Investoren zu vermitteln, damit diese bebaut werden können.

Die lokalen Identitäten von Leverkusen und damit besonders den dörflichen Charakter einzelner Stadtteile wollen und werden wir erhalten. Besonders in den oben genannten Stadtteilen sind wir davon überzeugt, dass besonders diese Flächen und Gebiete die Stadt auf Ihre Art und Weise charakterisiert und den Leuten einen Grund gibt, warum Sie in Leverkusen leben.

Wertvolle Biotoppe werden wir ebenfalls versuchen so gut es geht zu erhalten. Unter anderem setzen wir uns dafür ein, dass die Autobahnraststätte in Leverkusen nicht gebaut wird, um so die Landschaft und die kleinen Gewässer an dieser Stelle zu erhalten. Mit dem Wohnungsbauprogramm 2030+ haben wir den ersten Schritt geschafft, um nötige Bedarfe zu identifizieren. Nun gilt es Fläche für Fläche zu prüfen, wo wir die einzelnen Punkte aus dem Programm umsetzen können. Ein Ziel wird dabei für uns sein, das Wohnungsbauprogramm mit dem Umwelt- und Naturschutz unter einen Hut zu bringen. Klar ist, wir können nicht alles in ökologischer Bauweise bebauen. Aber wo dies möglich sein wird, werden wir uns dafür einsetzen.

IV. Grün in der Stadt

Das Beispiel, welches Sie aus Düsseldorf gezeigt haben, sieht sehr interessant und auch wünschenswert aus. Ob eine solche Umsetzung in Leverkusen, allerdings mit Investoren, möglich ist, wagen wir zu bezweifeln. Dafür sind solche Planungen und Bauten unseren Erfahrungen nach zu teuer und werden sich in Leverkusen aufgrund der Mietstruktur nicht rentieren. In Düsseldorf an der Königsallee allerdings schon.

Als CDU stehen wir eindeutig zur Einhaltung von Gesetzen und Rechten. Damit auch zur Einhaltung der genannten Bauvorschrift. Wir haben uns auch immer wieder zu dem Thema Schotter- und Steinflächen in Vorgärten etc. eingebracht, allerdings muss auch hier leider wieder die Belastung der Verwaltung mit der Aufgabe in einem Kontext gesehen werden. Eine Lösung für dieses Problem können wir in der kommenden Periode bestimmt mit der Verwaltung entwickeln.

Einer vollständigen Begrünung der Straßenränder stimmen wir insoweit zu, wenn es möglich ist. Gegebenenfalls müssen dort noch Radwege gebaut werden oder eine Bepflanzung ist aufgrund von unterirdischen Leitungen etc. nicht möglich. Ansonsten setzen wir uns für eine Bepflanzung ein.

Einer Ausweitung von Blühwiesen in Leverkusen stimmen wir zu, genauso wie der weiteren Unterstützung für das Projekt „Leverkusen blüht auf“. Der Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung werden wir jedoch nicht zustimmen. Wir haben diese aus bestimmten Gründen abgeschafft und einer erneuten Einführung in der aktuellen Ratsperiode auch widersprochen.

V. Landwirtschaft

Die Zulassungsverfahren für Pestizide und Herbizide regelt der Bund im Einvernehmen mit den anderen europäischen Regelungsbehörden. Wir vertrauen deshalb auf die Expertise des dort angesiedelten Personals und sehen davon ab unsere Flächen unter weiteren Auflagen zu verpachten. Auch den wenigen Landwirten in Leverkusen überlassen wir es, wie diese Ihre Ackerflächen bewirtschaften und werden davon absehen uns in Ihre Betriebe einzumischen.

VI. Klimaschutz

Wir betrachten die Bekämpfung des Klimawandels als ein Projekt mit sehr hoher Priorität. Deshalb haben wir auch der Vorlage für eine Ausrufung eines „Klimanotstand“ zugestimmt.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass öffentliche Gebäude unter energetischen Aspekten saniert werden und wenn möglich mit Solaranlagen auf den Dächern versehen werden. Auch einer Fassadenbegrünung werden wir, wenn im Einzelfall nichts dagegenspricht, zustimmen.

Einer energieeinsparenden und insektenfreundlichen Möglichkeit für Beleuchtung im öffentlichen Raum werden wir ebenfalls zustimmen. Unseres Wissens nach arbeitet die EVL bereits an einer solchen Umsetzung.

VII. Verkehr

Durch den neuen Fahrplan der Wupsi konnten wir bereits eine Verbesserung der Attraktivität des ÖPNV erreichen. Besonders die Schnellbusse, sind unserer Ansicht nach, eine erhebliche Verbesserung und werden auf mittel- und langfristige Sicht zu einem erhöhten Fahrgastaufkommen führen. Weiteren Verbesserungen werden wir uns nicht verschließen, allerdings müssen wir zunächst prüfen, inwieweit die Wupsi bei der Bewältigung der Corona-Krise Unterstützung benötigt. Wir werden ebenfalls einer schrittweisen Umstellung der Busflotte auf andere Klimafreundliche Antriebsarten zustimmen. Eine Entscheidung, welche Antriebsarten die richtigen sein werden, werden wir den Technikexperten und dem Technologischen Fortschritt in Deutschland überlassen.

Eine Verbesserung der Situation der Radfahrer stimmen wir ebenfalls zu. Wir werden versuchen in der kommenden Ratsperiode neue Radwege in Form einer Autobahn für Radfahrer quer durch Leverkusen und getrennt von den Autofahrern zu etablieren. Ein modernes und saniertes Radwegenetz wird ebenfalls Priorität für uns haben. Besonders eine Verbesserung der Abstellmöglichkeiten in der Stadt ist für uns wichtig. Dafür haben wir die Verwaltung beauftragt, zu prüfen inwieweit Parkhäuser für Fahrräder an den drei großen Bahnhöfen in Wiesdorf, Opladen und Manfort (Schlebusch) errichtet werden können. Auch wollen wir neue Fahrradboxen in der Stadt aufstellen, damit das Fahrrad an dem Ort bleibt, wo es abgestellt wurde.

Einer Erhöhung der Parkgebühren widersprechen wir allerdings. Wir wollen einen Zustand in der Stadt erreichen, in welchem alle Verkehrsteilnehmer sicher und möglichst günstig am Wunschort ankommen können. Dazu gehört unsere Auffassung nach auch, dass wir die Parkgebühren auf dem Niveau belassen, auf dem Sie nach der Findung des letzten Kompromisses sind.

Zu guter Letzt wollen wir auch eine deutliche Ausweitung der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge in Leverkusen erreichen, damit neue Antriebe in der Stadt auch möglichst schnell flächendeckend etabliert werden können.

VIII. Umwelt in der Verwaltung

Durch die Corona-Krise ist das NaturGut Ophoven massiv in seinen finanziellen Möglichkeiten beschränkt worden. Die Arbeit und Veranstaltungen sind bis auf ein Minimum heruntergefahren worden. Deshalb haben wir selber einen Antrag geschrieben, damit das NaturGut finanziell durch die Stadt unterstützt wird. Inwieweit eine weitere Unterstützung notwendig sein wird, werden wir nach der Bewältigung der Krise sehen. Wir stehen aber definitiv zu diesem Vorzeigeprojekt der Stadt und werden es weiterhin unterstützen.

Eine personell gute Ausstattung der Verwaltung wünschen wir uns in allen Bereichen der Stadt. Einzelne Ämter zu bevorzugen widersprechen wir. Natürlich ist der Nachwuchsmangel und die vielen offenen Stellen in der gesamten Verwaltung ein Problem. Dieses werden wir allerdings in seiner Gesamtheit angehen wollen und nicht punktuell bekämpfen.

Ein wichtiger Schritt für uns wird in den kommenden fünf Jahren die Intensivierung der Digitalisierung sein. Dadurch erhoffen wir uns, dass wir die Mitarbeiter entlasten, die personellen Mängel kompensieren, Papier einsparen und Verkehr von Mitarbeitern vermeiden können.